

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/120

27. Juni 1973

Steiner-Skandal wird unerträglich

Offene Brückierung des Bundestagsuntersuchungs-
ausschusses

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 1 / 47 Zeilen

Sicherung unserer Ölversorgung

Feststellungen zum Konzernierungsplan der
Regierung

Von Erwin Stahl MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für For-
schung und Technologie

Seite 2 und 3 / 62 Zeilen

Lob und Kritik für den Entwicklungsdienst

Zehn Jahre "Lernen und Helfen in Übersee"

Seite 4 und 5 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 123 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 + 38
Telex: 886 846 / 886 847
886 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Steiner-Skandal wird unerträglich

Offene Brüskierung des Bundestagsuntersuchungsausschusses

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Die mehrfach geäußerte harte Kritik an der Verwahrung des CDU-Politikers Julius Steiner durch die "Quick"-Redaktion schien Einsicht zu bewirken. Durch Chefredakteur van Nouhuys ließ Steiner vor zehn Tagen seine Bereitschaft mitteilen, vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages auszusagen.

"Quick" ist mit ihm fertig", meinte eine Tageszeitung dazu - und freute sich zu früh. Skeptische Betrachter hatten von vornherein darauf hingewiesen, daß Steiners öffentliches Auftreten vor dem Untersuchungsausschuß seinen Wert für Exklusiv-Reportagen erheblich mindern würde. So war zu befürchten, daß diejenigen, die mit Steiner einen "unterschiedenen Vertrag" haben (Zitat aus "Quick"), auf dessen weitere Nutznießung nicht gerade zu Beginn der Saure-Gurken-Zeit verzichten würden.

Schon das bisherige Steiner-Gewahrsam, aus dem die Öffentlichkeit durch wohl dosierte und offenbar von geübter Hand formulierte "Geständnisse" informiert wurde, war skandalös. Unerträglich wird der Skandal jetzt aber, wo der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung bereitsteht und sich mit dem Bescheid abfertigen lassen muß, Steiner sei "für unbestimmte Zeit nicht vernehmungsfähig". Was ihn nicht hindern wird, über "Quick" und ausgesuchte andere Medien weiterhin Erklärungen abzugeben. Denn für solche Zwecke ist sein Gesundheitszustand ohne Auswirkungen, wie Steiner unter der Obhut von Herrn Löwenthal erklärte und hinzufügte: "Ich bin voll auf in Besitz meiner geistigen Kräfte."

Den vielen Widersprüchen in den bisherigen Verlautbarungen Steiners ist damit ein schwerwiegender Widerspruch in seinem Verhalten hinzugefügt worden. Der Wert seiner Angaben erscheint unter diesen Umständen immer zweifelhafter. Und diejenigen, die gegen den Abgeordneten Karl Wienand ein schnelles Urteil zur Hand hatten, werden vielleicht noch einmal darüber nachdenken.

Die Brüskierung des Untersuchungsausschusses, eines staatlichen Ermittlungsorgans von höchstem Rang, wirft über den Einzelfall hinaus Fragen an den Gesetzgeber auf. Soll weiterhin zu gelassen werden, daß kapitalkräftige Privatinteressenten sich wichtiger Zeugen bemächtigen und sie der staatlichen Ermittlung vorenthalten? Ist es rechtsstaatlich zu vertreten, daß dabei mit fragwürdigen Methoden "Geständnisse" produziert werden, die den Betroffenen für weitere Aussagen festlegen? Kann schließlich hingenommen werden, daß ein Bürger der Vernehmung durch staatliche Organe aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Verfügung steht, gleichzeitig aber gegen Bezahlung Aussagen in beliebigem Umfang zur privaten Verwertung macht?

Dem Bundestag liegt ein Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts vor. Bei seiner Beratung werden die Konsequenzen des Falles Steiner mitzubedenken sein.

(-/27.6.1973/bcy/ex)

Sicherung unserer Ölversorgung

Feststellungen zum Konzernierungsplan der Regierung

Von Erwin Stahl MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses
für Forschung und Technologie

Die Nachricht, daß zwei deutsche Energiekonzerne, die VEBA AG und die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE), auf Anregung des Bundesministers für Wirtschaft und in Abstimmung mit dem Bundesminister der Finanzen bereit sind, aktiv an der Zusammenfassung der deutschen Mineralölinteressen in einem Unternehmen mitzuwirken, wurde, von einigen notorischen energiepolitischen Bessermännern abgesehen, allgemein begrüßt. Tatsächlich war der bisherige Zustand in den letzten Jahren angesichts der Entwicklung in den Mineralölländern immer unerfreulicher. Die Bundesregierung, deren Energieversorgung zu 60 vH. vom Mineralöl abhängt, war 1972 mit 140 Millionen t der größte Ölverbraucher in Westeuropa. Dabei betrug die Raffineriekapazität des größten deutschen Ölkonzerns VEBA AG mit 12 Millionen t/Jahr gerade die Hälfte des größten belgischen Konzerns Petrofina mit 23 Millionen t/Jahr Kapazität, ganz zu schweigen von den noch weit größeren Konzernen Großbritanniens, Frankreichs, Hollands und Italiens.

Es kann daher niemand wundern, daß die relativ kleinen deutschen Mineralölgesellschaften, die zusammen nur noch 25 vH des deutschen Marktes beliefern, wegen ihrer geringen Größe international nicht als ernstzunehmende Konkurrenten der Öligiganten auftreten konnten, wenn es darum geht, die Ölversorgung der Bundesrepublik sicherer zu gestalten. Da in den Ölexportländern, deren Verhandlungsposition durch steigende Nachfrage in den letzten Jahren sich laufend verbesserte, der Wunsch immer stärker wurde, bilaterale Beziehungen zu den größeren Ölverbraucherländern unter Ausschaltung der großen marktbeherrschenden Konzerne aufzunehmen, ist es notwendig, ihnen von deutscher Seite einen potenten Verhandlungspartner anzubieten.

Wenn VEBA und RWE ihre Mineralölinteressen vereinigen, entsteht hierbei eine Raffineriekapazität von 28 Millionen t (1972) in einer

Hand. Es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß sich langfristig auch die BASF mit ihrer Wintershall-Beteiligung einer solchen Gruppierung anschließt. Der neue deutsche Ölkonzern wird gut im Mittelfeld der europäischen Ölfirmen liegen, die sich wie ELF/Erap, CFP, ENI und Petrofina mit Raffineriekapazitäten in einer Größenordnung zwischen rd. 20 und 40 Millionen t bewegen. Ein Vergleich mit solchen Riesen wie Exxon (Esso und Shell), die Kapazitäten von jeweils über 250 Millionen t haben, zeigt, wie klein und bescheiden der neue deutsche Mineralölkonzern im internationalen Maßstab ist. Gerade der Standort der Raffineriekapazitäten ist für die Sicherheit der Energieversorgung von größter Bedeutung, weil das Rohöl dorthin fließen wird, wo die Verarbeitung stattfindet.

Besonders erfreulich ist, daß die Bundesregierung schon in einem frühen Stadium auf die sich anbahnende Neuordnung im deutschen Mineralölbereich aufmerksam gemacht hat. Dadurch wird vermieden, daß an der Börse zweifelhafte Spekulationsgeschäfte abgewickelt werden können. Der Bund als Großaktionär der VEBA AG (mit über 40 vH des Grundkapitals) ist mit diesem Vorgehen gut beraten.

Zur Zeit kann noch nichts Sicheres über die unternehmenspolitische Konstruktion gesagt werden. So ist doch zu vermuten, daß die VEBA AG die Anteile der RWE AG an der Gelsenberg AG (48 vH) und an Union Kraftstoff Wesseling (fast 100 vH) übernehmen wird. Auf diese Weise würde einerseits die Handlungsfähigkeit der VEBA AG verstärkt, andererseits aber kann von ihr im Mineralölbereich keine Entscheidung getroffen werden, die gegen wichtige energiepolitische Interessen des Bundes verstoßen. Die Schwäche des neuen Ölkonzerns liegt aber weiterhin in der fehlenden Rohölbasis. Bisher verfügt nur die Gelsenberg AG in Libyen über eine bescheidene Rohölförderung von 2,5 Millionen t/Jahr. Neue Möglichkeiten ergeben sich allerdings durch eine gezieltere Explorationspolitik der Deutschen Erdölversorgungsgesellschaft mbH "Deminex", die VEBA AG durch die Neuordnung die absolute Stimmenmehrheit erreicht. (-/27.6.1973/bgy/ck/ex)

+ + +

27. Juni 1973

Lob oder Kritik für den Entwicklungsdienst

Zehn Jahre "Lernen und Helfen in Übersee"

Jemand nannte ihn einmal den "Winkelried" der deutschen Entwicklungspolitik. Gemeint war der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), der in diesem Monat auf eine zehnjährige Praxis zurückblicken kann. In dieser Dekade hat die Organisation nicht nur 3648 Entwicklungshelfer entsandt, sondern auch häufig Kritik auf sich gezogen. Zu unterschiedlich waren die Vorstellungen aller, die sich für die Helfer und deren Tätigkeit in Übersee verantwortlich fühlten. Die einen wollten ihn politisch engagiert, den anderen war er zu politisch.

Für zahlreiche Politiker, Bürokraten und auch Publizisten schien es lange Zeit unbegreiflich zu sein, daß jemand, der sich freiwillig unter Verzicht auf besondere finanzielle und berufliche Vergünstigungen für Entwicklungsaufgaben in der Dritten Welt zur Verfügung stellt, ein Recht darauf hat, über die Art seines Wirkens mitzuentcheiden. Hinzu kam, daß spätestens die Entwicklungshelferjahrgänge nach den Studentenprotesten von 1968 ihren Gründerjahre-Optimismus aus dem Reisegepäck warfen und nach den ökonomischen Ursachen der Unterentwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika forschten. Für viele Helfer, die nach persönlicher Einsicht und eigenem Verständnis durch ihre Tätigkeit mit dem technisch-handwerklichen, landwirtschaftlichen, pädagogischen, sozialen und medizinischen Programm nur an den Folgen der Unterentwicklung laborierten, mehrten sich die Zweifel und Fragen. Nicht alle wurden ausreichend beantwortet.

Will man diese Konflikte bewerten, dann lohnt es sich, zwei Beispiele herauszugreifen. Da waren Entwicklungshelfer in Nordbrasilien, die es einem Oppositionellen im Gastland ermöglichten, in einem Artikel ihrer Helferzeitung Kritik am herrschenden Regime zu üben. Mit ihrer kurzsichtigen Aktion entzogen sich die Entwicklungshelfer sicheren Boden für die Weiterarbeit. Sie wurden von der Zentrale vorsichtshalber zurückgerufen.

Den Konflikt mit der Regierung des deutsch-stämmigen Oberst Bantzer in Bolivien kann man wohl kaum einfach als eine politische Dummheit abtun. Der Beauftragte des DED hatte direkt nach dem gelungenen Umsturz des Rechts-Regimes den vom Tode bedrohten Universitätsrektor und Regimegegner mit einer Sportmaschine an die Grenze zu Peru geflogen und dann damit gerettet. Er tat dies, nachdem bereits zahlreiche Studenten von bolivianischen Falangisten ermordet worden waren. In der Folge wurde der Beauftragte, seine Frau und weitere Entwicklungshelfer unter einem nichtigen Vorwand verhaftet. Obwohl sich die Verhafteten damals in der Gewalt emotionalisierter nationalistischer Miliz befand, hielten

27. Juni 1973

Abgeordnete der CDU/CSU es für richtig, ohne genaue Kenntnis der Sachlage öffentliche Beschuldigungen zu erheben. Eine Kritik, die auf den zuständigen Bundesminister Dr. Erhard Eppler zielte, erschien ihnen offensichtlich wichtiger als die Sicherheit der Helfer, die der DED und das Ministerium nach einigen Tagen schließlich frei bekommen konnten.

Es ist sicher auch ein Verdienst von Erhard Eppler, daß die Zahl der Entwicklungshelfer, die ihre Zweifel in politische direkte Aktion umsetzten, in den Jahren nach 1968 nicht größer war. Er stellte sich im In- und Ausland den Fragen der Entwicklungshelfer, wann immer es möglich war. Der DED ist, wie Dr. Eppler anlässlich des 10. Jahrestages vermerkte, der pannenärmste Freiwilligen-Dienst in der Entwicklungshilfe. Nur viermal hat es Krger zwischen Helfern und Gastland gegeben. Man muß zugeben, daß die Tätigkeit der Entwicklungshelfer öffentlich erkennbar und deshalb leichter zu kritisieren ist als die größeren und komplizierteren Bereiche der Kapitalhilfe oder der Handelspolitik. Wenn man dies alles berücksichtigt und die erwiesenen fachlichen Leistungen der Helfer hinzuaddiert, dann muß selbst der skeptische Beobachter dem Deutschen Entwicklungsdienst nach zehn Jahren eine solide Arbeit bescheinigen.

Trotzdem müssen die Beteiligten eine Reform des Dienstes einleiten. Die Anforderungen der Entwicklungsländer nach immer mehr hochqualifizierten Spezialisten mit mehreren Berufsjahren sind vom DED kaum noch zu erfüllen. Der Dienst zahlt einen nach den Lebenshaltungskosten im Gastland gestaffelten Einheitstarif als sog. Unterhaltsbeihilfe. Dies schreckt natürlich jene Fachleute ab, die in einem soliden Verdienst und Engagement für die Sache nicht unbedingt einen Widerspruch sehen.

Diese Entwicklung und die wachsende Kritik aus den Entwicklungsländern an dem Lebensstil der achtmal höher bezahlten Entwicklungsexperten veranlaßt zu der Frage, ob es wesentliche Argumente für die Aufrechterhaltung zwei sich widersprechender Konzepte in der personellen Hilfe gibt. Es ist ebenso an der Zeit, den "Nur-Fachmann" mit Goldgräber-Vertrag abzulösen, wie den Aberglauben aufzugeben, daß der Verzicht auf ein normales Gehalt schon den Beweis für soziales Engagement beinhaltet. Der neue Typ des Entwicklungshelfers muß nach den sorgfältig überprüften Interessen der Menschen in den Entwicklungsländern gefunden werden.

Hans Wallow

(-/27.6.1973/ck/bgy/ex)